

USA-Präsident nur von einer Minderheit gewählt

In den Tageszeitungen war Ende Dezember 1988 zu lesen, daß die Wahlmänner über den nächsten Präsidenten der USA abgestimmt hätten. Die Wahlen fanden aber doch bereits am 8. November 1988 statt. Wie wird der USA-Präsident eigentlich gewählt?

Heidrun Blochin

Parteisekretär, Diesterweg-Oberschule Wüstenbrand

Der Modus der Präsidentschaftswahl ist ein kompliziertes, in mehrere Stufen gegliedertes Verfahren innerhalb des jeweiligen Wahljahres. Am Anfang steht in den einzelnen Bundesstaaten die Wahl der Vertreter für die Konvente (eine Art Parteitage) der Republikanischen bzw. Demokratischen Partei. Dabei treten bereits Bewerber für eine Kandidatur für das Präsidentenamt auf und werben um Stimmen der Teilnehmer an den Konventen. Hier wird in der Regel bereits deutlich, welcher Bewerber Kandidat der jeweiligen Partei wird.

Dieser ersten Stufe schließt sich als nächste die offizielle Nominierung der Präsidentschaftskandidaten der jeweiligen Partei an. Dies geschieht auf den nationalen Parteikonventen.

Bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen bewarben sich von der Republikanischen Partei sechs und von der Demokratischen Partei sieben Politiker als Kandidaten für das Präsidentenamt. Auf dem nationalen Konvent der Demokratischen Partei, der im Juli 1988 in Atlanta stattfand, erhielt Michael Dukakis die Mehrheit der Delegiertenstimmen. Bei den Republikanern, die im August 1988 ihren Konvent in New Orleans abhielten, setzte sich George Bush durch.

Dieser Nominierung folgt dann (bei der letzten Wahl am 8. November 1988) die Entscheidung der wahlberechtigten Bürger in allen Bundesstaaten für einen der beiden Präsidentschaftskandidaten. Dies ist jedoch eine indirekte Entscheidung, da nur Wahl-

männer gewählt werden, die daran gebunden sind, dem Präsidentschaftskandidaten ihre Stimme zu geben, der im jeweiligen Bundesstaat die meisten Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Wer in einem solchen Staat auch nur eine Stimme mehr erhält als der Präsidentschaftskandidat der anderen Partei, der hat alle Wahlmänner dieses Staates hinter sich. Sein Kontrahent geht leer aus.

Für die USA ist eine geringe Wahlbeteiligung charakteristisch. Bei den letzten 4 Wahlen lag sie um 50 Prozent. Von denen, die ihre Stimme abgaben, votierten nur etwas mehr als die Hälfte für den jeweils gewählten Präsidenten. Das heißt: Bei den letzten Wahlen in den USA erhielten die Präsidenten faktisch die Stimme nur von einem reichlichen Viertel aller Wahlberechtigten.

Wo liegen die Ursachen für eine so geringe Wahlbeteiligung? Sie ist ohne Zweifel Ausdruck der Unzufriedenheit vieler USA-Bürger mit dem herrschenden Parteiensystem und dem antiquierten Wahlsystem. Denn: Ob ein USA-Bürger dem demokratischen oder republikanischen Kandidaten seine Stimme gibt - er entscheidet sich letztlich nur für einen Kandidaten, dessen Grundpositionen sich von denen des anderen nicht unterscheiden. Beiden geht es darum, die Macht der Monopolbourgeoisie in den USA zu erhalten und weiter auszubauen und den USA eine Vormachtstellung in der Welt zu sichern. Was in den mit Millionen-

aufwand betriebenen Wahlkämpfen als Unterschied zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten hochstilisiert wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung in der Regel lediglich als Streit um den besten Weg, die besten Methoden dabei.

Hinzu kommt, daß es in den USA nicht genügt, im wahlberechtigten Alter zu sein, um wählen zu können. Wer sein Wahlrecht ausüben will, muß vor der Wahl einen Antrag stellen, um als Wähler registriert zu werden. Bis vor wenigen Jahren war es in zahlreichen Bundesstaaten noch üblich, bei der Antragstellung eine Wahlsteuer zu entrichten und in einem Lesetest zu beweisen, daß man den Stimmzettel überhaupt verstehen kann.

Das Antrags- und Registrierungsverfahren ist größtenteils sehr zeitaufwendig. So gibt es beispielsweise im riesigen Manhattan für Millionen Einwohner nur ein einziges kleines Büro, wo man seine Wahlberechtigung beantragen kann. Die Leute aus den Vororten Manhattans müßten mindestens einen halben Tag und 10 Dollar Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel investieren, um sich als Wähler registrieren zu lassen. Dieser Aufwand, dazu die Erfahrung, daß sich trotz Wahlversprechen die sozialen Bedingungen vieler USA-Bürger in den vergangenen Jahren systematisch verschlechterten, geben dem Drang nach größerer Wahlbeteiligung keine Impulse.

Ist der Wahltag vorbei und damit die dritte Stufe des Wahlverfahrens absolviert, folgt nunmehr als vierte und letzte Stufe die Stimmabgabe der Wahlmänner für den Präsidentschaftskandidaten, auf den sie verpflichtet sind. Dies ist im Grunde genommen nur noch ein formaler Akt. Der neugewählte Präsident tritt dann Anfang Januar sein Amt an. George Bush ist der 41. Präsident in der Geschichte der USA.

Heinrich Nölting
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR